

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 55 (1976)
Heft: 3

Buchbesprechung: Literatur

Autor: Lienhard, Richard / Hotz, Peter / Egli, Werner

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Literatur

Die Arbeit tun die andern

Helmut Schelsky: Klassenkampf und Priesterherrschaft der Intellektuellen. Westdeutscher Verlag GmbH, Opladen.

Professor Schelsky, Dozent für Rechtssoziologie an der Universität Münster, ist als einer der führenden deutschen theoretischen und empirischen Soziologen weit über den deutschen Sprachraum bekannt geworden. Die hervorragenden Werke dieses zweifachen Ehrendoktors sind «Soziologie der Sexualität», «Auf der Suche nach Wirklichkeit», «Systemüberwindung, Demokratisierung, Gewaltenteilung. Grundsatzkonflikte der Bundesrepublik».

Sein neustes Werk unter dem obgenannten attraktiven Titel stellt ein eigentliches Streitbuch dar. Es richtet sich vor allem gegen den «Klassenkampf und die Priesterherrschaft der Intellektuellen». Gemeint ist damit die Herrschaft der «Sinnproduzenten» und «Sinnvermittler», eine kleine elitäre Gruppe. Diese «neuen intellektuellen Herrschaftsbewerber» brauchen nach Schelsky die Vorstellung, dass es der Bevölkerung schlecht geht, dass sie elend, unfrei und entfremdet ist. Nur so könnten sie ihre Herrschaftspläne als das Heilende und Erlösende durchsetzen.

Als die auffälligste Herrschaftsform nennt der Verfasser die Information oder Belehrung. Wer informiert sucht «die Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den Eigenwillen auch gegen Widerstreben durchzusetzen», wie Max Weber den Begriff der Macht gekennzeichnet hat. Schelsky sieht nun in den Informationsproduzenten und -vermittlern jene Kräfte, welche mittels der Massenmedien die Herrschaft von Menschen über Menschen anstreben. Gegen sie und nicht einfach gegen die Macht des Fernsehens, des Rundfunks und der Presse müsste man sich nach Schelsky richten, wenn es darum geht, die Freiheit des Informierten gegen die Informatoren neu zu erkämpfen.

Wenn Schelsky von der zunehmenden Macht dieser Heilsverkünder spricht, so bedient er sich dabei einer offensichtlichen Übertreibung. Die Medienzustände können bestenfalls beeinflussen, nicht aber herrschen. Auch in den westlichen Demokratien besteht genügende Kontrolle gegen ein Übermarchen der Medienschaffenden. Es ist offensichtlich, dass Schelsky die Übertreibung dazu benützt, um zu provozieren. Daraus wollen wir ihm noch keinen Strick drehen. Er ist schliesslich nicht der einzige, dem die Provokation als das geeignete Mittel erscheint, um das berühmte «Körnchen Wahrheit» um so deutlicher herauszustellen.

Weniger goutierbar ist für den sozialdemokratisch orientierten Leser, dass Schelsky die Dinge von seinem politisch recht konservativen Gesichtspunkt aus beurteilt. Ein Dorn im Auge ist ihm vor allem der «Spiegel». Dessen Herausgeber, Augstein, sowie der frühere Chefredaktor Günther Gauss stellen nach Schelsky Prototypen der Heilsverkünder dar. Bezeich-

nend für die Einseitigkeit dieses Urteils ist die Tatsache, dass er kein kritisches Wort über die «Bild»-Zeitung oder andere Produkte des Springer-Verlags in die Feder fliessen lässt. (Sind die Redaktoren des Springer-Verlags etwa keine Sinnvermittler?)

Unschön und deplaziert ist auch Schelskys Verdammungsurteil über Böll. Wer diesen hervorragenden Schriftsteller der politischen Einäugigkeit bezichtigt, der hat den Boden der Objektivität bereits verlassen. Ist es denn nie an Schelskys Ohr gedrungen, dass Böll seinen Kampf um Menschenrecht und Menschenwürde konsequent und mutig auch gegenüber der Sowjetunion geführt hat mit dem Ergebnis, dass er dort prompt in Ungnade fiel. (Man denke an seine Intervention im Falle Sacharow.) Trotz solcher Irrungen und Verwirrungen bleibt das Werk von Schelsky lesenswert. Es soziologisch näher zu würdigen, möchte ich einem berufeneren Publizisten überlassen. Wie immer dessen Urteil ausfallen mag, so ist unbestreitbar, dass der Titel des Werks eine Grundwahrheit beinhaltet, die sich nicht übersehen lässt. Davon soll bei späterer Gelegenheit noch eingehender die Rede sein.

Richard Lienhard

Erzwungene Mobilität

W. Linder, U. Maurer, H. Kesch: Gewerkschaftliche Alternativen zur Siedlungs- und Verkehrspolitik. 168 Seiten, etwa Fr. 14.–, erschienen bei der Europäischen Verlagsanstalt.

Das AHV-Ehepaar, das nach 40 Jahren aus seiner Wohnung ziehen muss, weil geschäftstüchtige Spekulanten Grund und Boden verkaufen wollen; der Automobilfacharbeiter, dessen Achtstundentag zum Zehnstundentag wird, weil er auf dem Weg zwischen seiner Wohnung in der «Stadt im Grünen» und seinem Arbeitsplatz mit dem Auto steckenbleibt; der Warenhausangestellte, der aus der Grossstadt weggezogen ist, um sich eine Eigentumswohnung leisten zu können, und nun jeden Tag 50 km in die City und zurück fährt; der angelernte Arbeiter, der auf dem Lande wohnt und dort nur ein begrenztes Arbeitsplatzangebot hat: ihre Lebensverhältnisse sind Gegenstand dieses Buches.

Ihre Lebensbedingungen sind keine zufälligen Schicksalsschläge, sondern Ergebnis der Siedlungs- und Verkehrspolitik, die wir derzeit erleben. Hier vollzieht sich etwas Widersprüchliches: In derselben Zeit, in der vom beispiellosen Aufschwung und Wohlstand geredet wird, nehmen die Belastungen der Lohnabhängigen zu, empfindet der Stadtbewohner die Verschlechterung seiner Umwelt, gibt es grosse Probleme für die Menschen in den ländlichen Gebieten.

Die krisenhaften Zustände werden durch einseitige politische und wirtschaftliche Entscheidungen bestimmt; in der Verkehrspolitik, in der Siedlungs- und Finanzpolitik. Diese «Politiken» werden fernab vom Angestellten und Arbeiter betrieben. Aber nicht nur das. So sehr Verkehrs- und

Siedlungspolitik in ihren negativen Auswirkungen verzahnt sind, so isoliert voneinander werden sie in ihrer Zielsetzung betrieben.

Ausgangspunkt der Überlegungen der Autoren sind die Nahverkehrskonzeption der Gewerkschaft ÖTV von 1971. Über die verkehrspolitische Entschliessung des deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) anlässlich des Kongresses 1972 bis hin zu der im Mai 1975 verabschiedeten DGB-Entschliessung zur Verkehrspolitik sind die verkehrspolitischen Ziele weiter vertieft und aktualisiert worden. Mit dieser Veröffentlichung soll der Bogen zur Siedlungsentwicklung geschlagen werden. Erst auf der Basis eines solchen Grundkonzeptes ist eine wirksame, auf grundlegende Änderung aufgelegte Politik möglich. Eine wesentliche Erweiterung der ÖTV-Konzeption werden die Ergebnisse der Arbeitsgruppe «öffentlichen Personennahverkehr und Stadtentwicklung» beim Hauptvorstand der Gewerkschaft ÖTV im August 1976 erbringen.

Ähnliche Bestrebungen laufen beim schweizerischen VPOD. Eine Arbeitsgruppe erarbeitet zurzeit zuhanden des Mitte 1976 stattfindenden Verbandstages eine Grundsatzplattform.

Aus dieser Analyse und Kritik der bestehenden Stadt- und Verkehrsstrukturen wird eine alternative Zielsetzung entwickelt, die durch die Interessen der arbeitenden Bevölkerung bestimmt ist. Gleichzeitig wird untersucht, welche Strukturreformen zwingende Voraussetzung einer grundlegenden Änderung der gegenwärtigen Entwicklungstendenzen sind und über welche Handlungsmöglichkeiten eine Alternativpolitik verfügen muss. Das sind Fragen für eine Gewerkschaftsstrategie, die über den betrieblichen Bereich hinaus die Interessen der Arbeitnehmer wahrnehmen will. Die Autoren versuchen, Antworten auf diese Fragen zu geben.

Die Antworten gelten nicht nur für Deutschland. Sie sind für die schweizerischen Verhältnisse dieselben, ja sie werden notwendig bei der verkehrspolitischen Diskussion über die Generalverkehrskonzeption Schweiz und bei den Auseinandersetzungen um das Raumplanungsgesetz. *Peter Hotz*

Zwischenhalt

Walter Kern, Z-Verlag, Basel 1975. 165 Seiten, Preis Fr. 19.80.

Martin Traber, typischer Wohlstandsbürger unserer «heilen Welt» und seinem Chef in helvetischer Treue ergeben, wird von diesem geschäftshalber nach Südamerika geschickt. Zu seinem Gepäck gehören neben einer zünftigen Dosis Traveller-Checks auch ein Chronometer «Made in Switzerland».

Was aber nützt ihm seine noch so genaue Uhr, wenn sein Polsterwagen, dessen einziger Passagier er ist, in einem armen Kaff in den Anden von seinem Zug abgehängt wird. Südamerikas Uhren gehen anders – aber sie gehen. Diese Indios – diese zwielichtigen Gestalten – so sieht sie unser Edel-Bünzli – untergraben immer mehr seine helvetische Recht(s)-Gläubigkeit. Wie anders war's doch damals im Schloss jenes Grossgrundbesit-

zers, eines Exnazi, der ihm den Rat gab, gegen die Farbigen «schnell und sicher zu schiessen». Dort herrschte wenigstens Ordnung! . . .

Und nun sitzt er selber unter ihnen, schwitzend, verstaubt und einige hundert Kilometer weiter unten wartet sein Schiff mit eisgekühlten Getränken und Klimaanlage. Und es tut sich Sonderliches um diesen Zug herum. Eigenartige Kisten, die aussehen wie Kindersärge, werden nachts ausgeladen, wegtransportiert und streng bewacht. Trabers Welt gerät immer mehr ins Wanken. In diesem Land mit seinen grellen Klassenunterschieden hilft auch seine wohltemperierte Menschenfreundlichkeit nicht mehr weiter. Und diese Indios! Aus den Büchern Travens wissen wir, wie diese armen Landarbeiter leben: Gebeugt zur Erde, die Faust des Grossgrundbesitzers im Nacken.

Wie lebendig und wirklichkeitsnah ist doch diese Geschichte. Warum ist sie das? Der Autor kriecht gewissermassen in diese Menschen hinein. Er will wissen, wie sie leben, warum sie traurig sind, woran sie sich freuen. Er ergründet den Fahrplan ihrer Gesichter, erforscht ihre Gesten, ihre Bewegungen, kurz: Er wird Teil ihrer Welt.

Unser Schweizer Tourist fühlt dunkel, wie ihm seine Felle davonschwimmen. Dieser Welt der Enterbten und Geknechteten gegenüber stürzen die Insignien unserer bürgerlichen Welt zusammen. Da helfen weder Checks, noch USA-Dollars, noch Revolver. Letzten Endes weiss unser Held keinen Rat mehr. Er macht sich nur noch lächerlich. Welch tiefe Erniedrigung für alle, die den Marschallstab in ihrem Tornister zu wähen glauben und von ihrer Karriere überzeugt sind. Traber kapituliert.

An einer Geburtstagsfeier mit dem Lokomotivführer besäuft er sich und wird entwaffnet. In einem weitem Kapitel erzählt der Autor jenes traurige Ereignis: die Kreuzigung eines rebellischen Bauern. Diese Darstellung wird zu einem Kabinettstück grosser Erzählkunst. Gerade in ihrer Einfachheit wirkt sie packend und überzeugend. Wir hören im ganzen Buch weder revolutionäre Phrasen noch politische Abhandlungen. *Die schiere Wirklichkeit ist stärker*. Sie wird manifest in jenen «Kindersärgen», die Waffen für die Aufständischen enthielten. Auch Südamerika steht vor der Entscheidung. Dafür aber, dass er die Hintergründe dieses alles verändernden Morgens aufzeichnet, danken wir unserem Gewerkschaftskollegen Walter Kern.

Werner Egli

Pressefreiheit in Gefahr

Peter Noll, ordentlicher Professor an der Juristischen Fakultät der Universität Zürich. Schulthess Polygraphischer Verlag Zürich. 43 Seiten, broschiert. Fr. 9.50.

Die Schrift enthält sieben Radiovorträge, die der Verfasser 1973 im Rahmen der «Internationalen Radio- und Fernseh-Universität» (URTI, Paris) am Schweizer Radio, am ORTF Paris und am Hessischen Rundfunk gehalten hat. Sie orientiert in allgemein verständlicher Weise über die Probleme der Pressekonzentration und des Zeitungssterbens.

Sie zeigt die wirtschaftlichen Ursachen dieser in der Schweiz wie im Ausland zu beobachtenden Erscheinung und die politischen Gefahren, die aus ihr erwachsen.

Sie enthält Vorschläge, wie auf gesetzgeberischem Wege durch kartellrechtliche und presserechtliche Regelungen die für die Demokratie lebensnotwendige Meinungsvielfalt in der Presse erhalten werden könnte.

Der Verfasser war Initiant und Mitverfasser des «Entwurfs eines Gesetzes zum Schutze freier Meinungsbildung», der 1972 in der BRD von einem aus schweizerischen und deutschen Juristen, Ökonomen und Publizisten bestehenden Arbeitskreis veröffentlicht wurde.

Demokratisierung der Wirtschaft durch Mitbestimmung

Wolfhard Graetz. Verlag Rüegger, Diessenhofen/Schweiz. 300 Seiten, broschiert Fr. 35.—.

Das Buch wendet sich an diejenigen Kreise, die sich mit dem Mitbestimmungspostulat konfrontiert sehen oder es vertreten. Besonders dem Praktiker liefert es genügend Material, um sich ein objektives Bild über die Möglichkeiten, aber auch Grenzen der Mitbestimmung in der Unternehmung, im Betrieb und am Arbeitsplatz zu formen. Das Buch sollte es ihm daher ermöglichen, in zukünftigen Diskussionen die Argumente für und wider die Mitbestimmung sorgfältig abzuwägen und seine eigene Meinung zu begründen.

Der breit angelegten Arbeitsweise entsprechend, behandelt der erste Teil der Arbeit die geistesgeschichtlichen Wurzeln des Mitbestimmungspostulates und rückt es in das politische Selbstverständnis eines «demokratischen Sozialismus», der sich als dritter Weg zwischen den Formen eines liberalen Kapitalismus und eines kollektiven Kommunismus begreift.

Im zweiten Teil werden die betriebswirtschaftlichen Probleme hervorgehoben, indem unter anderem ausführlich anhand empirischer Untersuchungen in der deutschen Montanindustrie die Auswirkungen der Mitbestimmung auf die Unternehmung als produktives beziehungsweise als soziales System analysiert werden. Sowohl die bisherigen Auswirkungen der Mitbestimmung auf die soziale Stellung des Arbeitnehmers in der Unternehmung, im Betrieb und am Arbeitsplatz als auch die Möglichkeiten beziehungsweise Grenzen der Demokratisierung des unternehmerischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesses gelangen hierbei zur Sprache.

Diese integrierende Betrachtungsweise führt zu einer Analyse der mannigfaltigen Wechselbeziehungen zwischen Gesellschaft und Wirtschaft; in unserem Fall zwischen der gesellschaftspolitischen Forderung nach Mitbestimmung der Arbeitnehmer als ethisches Postulat und den Zielsetzungen der Unternehmung als reales Gebilde.